

Hungerrevolte in der Kornkammer

Unter dem Druck internationaler Gläubiger provoziert das korrupte Mugabe-Regime in Simbabwe einen Aufstand

Raoul Rigault

Was passieren kann, wenn Auslandsschulden eines Staates um jeden Preis eingetrieben werden sollen, zeigt sich dieser Tage im Süden Afrikas. "Simbabwe brennt", konstatiert die linksliberale Tageszeitung "Mail & Guardian" aus der benachbarten Republik Südafrika trocken. Tatsächlich könnte sich in der ehemaligen britischen Kolonie Rhodesien ein Ende der seit 36 Jahren währenden Herrschaft des einstigen Guerillaführers Robert Mugabe anbahnen. Anfang Juli kam es, aufgrund weitverbreiteten Hungers und nicht ausgezahlter Gehälter der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, zu dreitägigen landesweiten Massenprotesten samt einem Generalstreik.

Die Ordnungshüter versuchten die Demonstranten mittels Tränengas, Wasserwerfern und brutalem Schlagstockeinsatz auseinanderzutreiben. Innenminister Ignatius Chombo drohte allen Streikteilnehmern mit "der ganzen Härte des Gesetzes". Laut Amnesty International wurden 300 Personen festgenommen. Die Repression zeigte allerdings kaum Wirkung. Weitere Proteste sind geplant und inzwischen solidarisierte sich selbst der bis vor kurzem stramm regierungstreue "Verband der Veteranen des Freiheitskrieges" mit den Menschen auf der Straße.

Kein Wunder, die Verhältnisse sind schlicht unerträglich. Nur 10 Prozent der Simbabweer verfügen über eine Festanstellung. 2,5 Millionen der 13,5 Millionen Einwohner sind gezwungen, ihre Arbeitskraft im Nachbarstaat zu verkaufen. Am Tropf ihrer Überweisungen in die Heimat hängt ein Großteil des Volkes. Doch dieses System reicht nicht mehr zum Überleben, denn in den letzten 18 Monaten hat der südafrikanische Rand im Vergleich zum US-Dollar knapp ein Drittel seines Wertes verloren. Gleichzeitig ist der Preis für das Hauptnahrungsmittel Mais an der Börse in Johannesburg um mehr als die Hälfte gestiegen und dieser wird in Dollar bezahlt. 700.000 Tonnen Mais musste die einstige "Kornkammer Afrikas" allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres importieren. Über eine eigene Währung verfügt Simbabwe seit 2009 nicht mehr. 500 Milliarden Prozent Inflation hatte der Zimbabwe-Dollar im Jahr zuvor erreicht. Nicht nur kleinere Barzahlungen wurden infolge der Menge der benötigten Banknoten zum Problem. Die Geldscheine waren am Ende auch weniger wert als das Papier, auf dem sie gedruckt wurden. Seitdem sind US-Dollar und Rand die gängigen Zahlungsmittel.

Auslöser der aktuellen Krise waren die Mitte Juni in einem Luxushotel der sambischen Hauptstadt Lusaka getroffenen Vereinbarungen zwischen Vertretern der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Afrikanischen Entwicklungsbank und Harares Finanzminister Patrick Chinamasa. Um das Vertrauen der Gläubiger, insbesondere China, Russland und Indien, zurückzugewinnen und Zugang zu frischen Krediten in Höhe von einer Milliarde Dollar zu bekommen, sollte das Land, das im Ausland mit insgesamt 10,6 Mrd. in der Kreide steht, zunächst Altschulden von 1,86 Mrd. \$ zurückzahlen. Ein unmögliches Unterfangen, da die Zentralbank nur über Währungsreserven von knapp einer halben Milliarde verfügt. Also beschloss Mugabes Regierung allen Staatsbeschäftigten die Juni-Gehälter vorzuenthalten – ausgenommen selbstverständlich Militär und Polizei. Zugleich stoppte man die Einfuhr des teuren Mais, um Devisen zu sparen, ohne allerdings selbst für Ersatz sorgen zu können. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Zum Kristallisationspunkt und Führer des Protestes wurde der evangelikale Prediger Evan Mawarire. Der von Bildungsminister Jonathan Moyo zunächst als "klerikaler Furz" Verspottete hatte mit Hilfe seiner Facebook-Seite über Monate hinweg die Regierungspolitik couragiert und kompetent kritisiert und ließ sich auch durch eine mehrtägige Inhaftierung nicht bremsen. Ähnlich wie beim sogenannten Arabischen Frühling erwies sich diese Kommunikationsform als sehr effizient, denn trotz bitterer Armut verfügt jeder Fünfte über einen Internetzugang und 8 von 10 Einwohnern über ein Mobiltelefon. Nicht zu unterschätzen ist allerdings auch die auf klassischem Weg erfolgte Mobilisierung durch den Gewerkschaftsbund ZCTU.

Über ungünstige Devisenkurse und die unmittelbare Zahlungsschwäche hinaus leidet Simbabwe auch unter gravierenden Strukturproblemen. Bei einem Bevölkerungswachstum von 3,2 Prozent reicht eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 3,3 bzw. 1,4 Prozent wie in den letzten beiden Jahren auch unter normalen Bedingungen nicht aus. Das Leistungsbilanzdefizit ist mit 22,9 Prozent untragbar. Nur die Hälfte der Einfuhren ist durch eigene Ausfuhren (in der Regel Rohstoffe) gedeckt. Die Staatsverschuldung nimmt mit knapp 70 Prozent für ein derart schwaches Land besorgniserregende Formen an und die Korruption grassiert. Im Corruption Perception Index liegt das Land unter 175 Staaten an 156.Stelle.

Um sich im Rahmen der von ihm betriebenen Günstlingswirtschaft die notwendige soziale Basis zu sichern, hatte der alternde Autokrat Mugabe die Zahl der wenig effizienten Staatsbediensteten seit 2008 von 232.000 auf 530.000 mehr als verdoppelt. Ihre Löhne machen seitdem 93 Prozent der Staatsausgaben aus. Für zukunftssträchtige Investitionen bleibt da wenig übrig. Die wird es in Zukunft aber ohnehin nicht mehr geben, da die Privatisierung zahlreicher staatseigener Betriebe, die Reduzierung der Beamtenstellen und mehr Wettbewerb in der Landwirtschaft geplant sind. Als Verscherbeln des "Tafelsilbers" bezeichnete selbst die "Frankfurter Allgemeine" diese Maßnahmen.

Bei sich selbst und seinem Hofstaat sieht der einstige "afrikanische Sozialist" Robert Mugabe allerdings keinen Kürzungsbedarf. Die Feier zu seinem 92.Geburtstag ließ er die Steuerzahler eine Million Dollar kosten. Seine Gattin Grace hat in der Bevölkerung wegen ihrer Verschwendungssucht den Spitznamen "Gucci-Grace" und der

Vizepräsident und designierte Nachfolger Emmerson Mnangagwa, vormals Geheimdienstchef, gilt als reichster Mann Simbabwes.

"jW"-Artikel von Raoul Rigault vom 2.8.2016 zur Hungerrevolte in Simbabwe - wir danken!